

Wien, den 02.07.2013

Europäische Kommission
Generaldirektion Klimapolitik
Referat A.4 – Strategie und wirtschaftliche Bewertung
Avenue de Beaulieu, 24
1049 Brüssel
Belgien

Europäische Kommission
Generaldirektion Energie
Referat A.1 – Energiepolitik
Rue De Mot 24
1049 Brüssel
Belgien

CLIMA-ENERGY-GREEN-PAPER-2030@ec.europa.eu

Stellungnahme zum Grünbuch „Ein Rahmen für die Klima- und die Energiepolitik 2030“

Das Forum Wissenschaft & Umwelt (FWU) erlaubt sich eine Stellungnahme zum Grünbuch „Ein Rahmen für die Klima- und die Energiepolitik 2030“ wie folgt einzubringen:

Grundsätzlich begrüßt das FWU die Bestrebungen der EU, ambitionierte Zielsetzungen für den Schutz des Klimas und damit für die Reduktion von THG-Emissionen zu erarbeiten und die Absicht diese Ziel auch in die Verhandlungen für ein neues Weltklimaabkommen einzubringen.

Zu den wichtigsten Fragen:

Welche Erfahrungen aus dem energie- und klimapolitischen Rahmen bis 2020 und dem derzeitigen Stand des Energiesystems der EU sind für die Gestaltung des Politikrahmens bis 2030 am wichtigsten?

Das EU 2020 Klima- und Energiepaket gibt einen wichtigen Rahmen für die Reduktion der Treibhausgase, eine verbesserte Nutzung der Erneuerbaren und die Erreichung der notwendigen Energieeinsparpotenziale. Mit der Energieeffizienzrichtlinie wurde das Maßnahmenpaket abgerundet. Für eine zukunftsfähige Energieversorgung sind aber noch deutlich weiterreichende Schritte notwendig. Es bedarf verbindlicher sowie langfristiger Zielsetzungen bis 2050 in den Bereichen Reduktion von THG-Emissionen, Steigerung der Energieeffizienz sowie Ausbau der erneuerbaren Energien mit definierten Teilzielen.

Langfristig stehen nur erneuerbare Energieträger zur Verfügung. Durch Effizienz und Einsparung muss daher der Brutto-Energieverbrauch so weit reduziert werden (größenordnungsmäßig: auf die Hälfte!), dass er durch ökologisch und sozial verträglich erschlossene erneuerbare Energieträger gedeckt werden kann. Die Förderung oder die Subvention fossiler sowie atomarer Technologien sowie zentralistischer Energiestrukturen sind abzulehnen.

Der Umbau der Besteuerung in der EU hin zu einer sozial ausgewogenen Ökosteuer mit Internalisierung von externen Kosten ist nach Meinung des FWU anzustreben. Grundlagenforschung in der EU sollte auch dazu dienen langfristige Lösungen für den Übergang zu erneuerbaren Energien und THG-emissionsarmen sowie nachhaltigen Produktionsweisen in der energieintensiven Industrie zu entwickeln. Mögliche Auswirkungen von Rebound-Effekten in allen Sektoren auf die Erschließung der Effizienzpotenziale sollten untersucht (Treiber, Bereiche mit starken Korrelationen...) und Lösungsvorschläge erarbeitet werden.

Bei technischen Optionen zur Zielerreichung sind Effizienz und Nachhaltigkeit der Lösungen kritisch zu hinterfragen (z.B. Biomasse für den Verkehr versus E-Mobilität). Der Schutz öffentlicher Güter darf nicht vernachlässigt werden (Erhalt der Biodiversität bzw. einer intakten Umwelt).

Der Weg zur Erreichung der Ziele muss mit anderen Bereichen inhaltlich verschränkt werden (freier Warenverkehr, mögliche Abwanderung von Unternehmen, Internalisierung externer Kosten – Ökologisierung der Steuern – Überdenken des ETS-Systems; Auswirkungen von Freihandelsabkommen).

Mit welchen Zielvorgaben für den Zeitraum bis 2030 könnten die klima- und energiepolitischen Ziele der EU am wirkungsvollsten unterstützt werden? Auf welcher Ebene sollten sie umgesetzt werden (EU, Mitgliedstaaten oder Sektoren) und inwieweit sollten sie rechtsverbindlich sein?

Die drei Zielvorgaben für die Bereiche Treibhausgas-Reduktion, Steigerung der Energieeffizienz (unter Berücksichtigung von Energiedienstleistungen) und erneuerbare Energien müssen jedenfalls beibehalten werden (gezielte ehrgeizige Maßnahmen für jede der drei Zieldimensionen sind für eine zukunftsfähige Energieversorgung notwendig). Die Ziele können und müssen einander ergänzen und konsistent ausgestaltet werden. Die Ziele sollen gemeinsam und verbindlich auf der nationalstaatlichen Ebene Mitgliedsstaaten verankert werden. Für die Reduktion der THG-Emissionen sowie die Steigerung der Energieeffizienz (unter Berücksichtigung von Energiedienstleistungen) sollen auch Ziele auf der Ebene von Nutzenergiekategorien und Sektoren festgelegt werden.

Dieses gemeinsame Paket ist für eine konsequente nationale Umsetzung, Verankerung in den Institutionen der Mitgliedsstaaten und die resultierende Rechtssicherheit der Investoren notwendig.

Aus Sicht des FWU sollten bis 2030 unter Berücksichtigung langfristiger Zielsetzungen angestrebt werden: -40% THG-Emissionen, 30% Steigerung der Energieeffizienz sowie 45% erneuerbare Energien. Bis 2050 ist anzustreben: -80 bis -95% THG-Emissionen, 50% Steigerung der Energieeffizienz sowie 100% erneuerbare Energien.

Sind bei den derzeitigen Zielvorgaben für die Zeit bis 2020 Widersprüche aufgetreten? Wenn ja, wie könnte eine größere Kohärenz der potenziellen Zielvorgaben für das Jahr 2030 gewährleistet werden?

Im Zuge der Umsetzung des EU 2020-Paketes sind eine Reihe an Widersprüchen aufgetreten. So war das 2020 THG-Reduktionsziel zu niedrig, um einen kosteneffizienten Pfad zur Erreichung des Reduktionsziels im Umfang von 95% bis 2050 zu beschreiten. Durch die zu hoch angesetzten Emissionshöchstgrenzen und die zu umfassende Vergabe freier Emissionszertifikate wurde kein wirksamer CO₂-Preis erreicht. Eine umfangreiche Dekarbonisierung ist nicht erfolgt. Im Gegenteil: Durch den niedrigen CO₂-Preis erleben klimaschädliche Technologien wie die Kohlenverstromung eine ungeahnte Renaissance, was allen drei Zielen massiv entgegenwirkt.

In diesem Sinn ist das ETS-System zu hinterfragen und zu prüfen, ob entsprechende Zielsetzungen nicht eher über eine Ökologisierung der Besteuerung und ordnungsrechtliche Maßnahmen zu erreichen sind.

Bei der Reduktion von THG-Emissionen (insbesondere mit Bestrebungen zur Förderung unkonventioneller Kohlenwasserstoffe) ist zu berücksichtigen, dass Methan weit aus klimaschädlicher als CO₂ ist.

Wie bereits vorn angesprochen ist die Förderung oder die Subvention fossiler sowie atomarer Technologien sowie zentraler Energiestrukturen als kontraproduktiv abzulehnen. Die „Technologieneutralität“ darf nicht dazu führen, dass wichtige Kriterien (Sicherheit, langfristige Verfügbarkeit...) ausgeklammert und z.B. CCS oder Atomkraftwerke mit erneuerbaren Energieträgern bzw. -technologien gleichgestellt werden.

Am Beispiel der Nutzung von Biomasse hat sich gezeigt, dass anfangs Aspekte, wie Nachhaltigkeit oder Effizienz unter Berücksichtigung der gesamten Lebenszyklusphase vernachlässigt wurden. Die Erreichung der Zielsetzungen war damals nicht ausreichend inhaltlich mit anderen Bereichen verschränkt. Dies trifft z.B. aktuell auch auf den Verkehr zu, wo nicht vordergründig der Einsatz erneuerbarer Energieträger sondern die Vermeidung sowie die Verlagerung des Verkehrs (kurze Wege versus freier Warenverkehr und fehlende Internalisierung externer Kosten) und die Verbesserung der Technologie (E-Mobilität) angestrebt werden sollten.

Mögliche negative Auswirkungen von Freihandelsabkommen (CEPA...) - beispielsweise mit den USA oder Kanada - auf die Bestrebungen der EU sowie ihrer Mitgliedsstaaten, die Treibhausgas-Reduktion voranzutreiben sowie die Steigerung der Energieeffizienz und den Ausbau erneuerbarer Energien zu forcieren sollten berücksichtigt und ausgeschlossen werden (Verbot von Schiefergas bzw. Vorgaben zur CO₂-Intensität fossiler Treibstoffe sollten z.B. zulässig sein).

Es sollte ferner berücksichtigt werden, dass Energiekosten meist nur einen geringen Teil der Produktionskosten von Unternehmen ausmachen und zwischen Energiekosten und -preisen zu unterscheiden ist. In internationalen Verhandlungen sollten im Bezug auf den erstgenannten Punkt gemeinsame soziale Mindeststandards angestrebt werden.

Der SET-Plan sollte an neue Ziele angepasst werden. Die Zentralisierung von erneuerbaren Energien ist zu hinterfragen. Mitspracherechte von BürgerInnen beim Umbau des Energiesystems sollten gewahrt bleiben. Dementsprechend sind die Verlagerung von Kompetenzen und die Handhabung des öffentlichen Interesses kritisch zu hinterfragen.

Der öffentliche Sektor sollte im Rahmen der Ziele mit positivem Beispiel voran gehen (Sanierung von Gebäuden, ökologische Beschaffung, Mobilität und Fuhrparkmanagement, Umstieg auf erneuerbare Energieträger, Managementsysteme).

Strukturschwache Regionen sollten bei der Erschließung von Potenzialen unterstützt werden (z.B. ist in Griechenland der Bau von Photovoltaik-Kraftwerken günstiger als der Bau fossiler Kraftwerke...).

Wesentlich werden im Rahmen der Energiewende auch der Ausbau von Speichern sowie von flexiblen und schnellreagierenden Ausgleichskraftwerken (auf Basis erneuerbarer Energieträger) und intelligente Netze sein.



Prof. Dr. Reinhold Christian
geschäftsführender Präsident
Forum Wissenschaft & Umwelt